

Ergebnis-Protokoll Runder Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt Mannheim

22. Sitzung am 14.02.2023, 19:00 – 21:08 Uhr
Ort: Ratssaal im Stadthaus N1

(Triggerwarnung: Thematisierung von sexuellen Übergriffen und queerfeindlicher Gewalt in diesem Protokoll)



Funktion	Name
Sitzungsleitung	Sören Landmann, LSBTI-Beauftragung der Stadt Mannheim
Protokoll	Margret Göth & Heike Eigenbrodt
Gäste	Christian Specht, Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim
	Siegfried Kollmar, Präsident des Polizeipräsidioms Mannheim
	Maximilian Krzibek, Polizeipräsidium Mannheim
	Claudia Strickler, Leiterin Prävention des Polizeipräsidioms Mannheim
	Moritz Kuebart, Referent des Ersten Bürgermeisters der Stadt Mannheim
	Christine Stopp, Ansprechperson für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim Polizeipräsidium Mannheim
	Sophie Glaser, Koordinatorin Kommunale Kriminalprävention im Fachbereich Sicherheit und Ordnung der Stadt Mannheim
	Timm Jung, Städtetag Baden-Württemberg
	Marius Emmerich, Koordinationsstelle LSBTIQ+ Heidelberg im Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg
	Jen Bihl, Koordinationsstelle LSBTIQ+ Heidelberg im Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg

Entschuldigte Vertretungen der Stadtverwaltung

Dirk Grunert, Bürgermeister

Entschuldigte geladene Gäst*innen

Adrian Rehberg, Ansprechperson für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim Polizeipräsidium Mannheim

Anwesende Fachpolitiker*innen des Gemeinderats

Partei	Name
1 Fraktion LI.PAR.Tie.	Dennis Ulas

Entschuldigte Vertretungen der Fraktionen

Lea Schöllkopf

Thorsten Riehle

Christiane Fuchs

Thomas Hornung

Volker Beisel

Anwesende Vertretungen der Community

	Gruppe
1	Gay & Grey Rhein-Neckar
2	Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V. (dgti)
3	HUK Kurpfalz
4	ILSE Rhein-Neckar – Initiative queerer Eltern
5	ILSE Rhein-Neckar – Initiative queerer Eltern
6	Lesbenstammtisch Mannheim
7	mvd e. V.
8	mvd e. V.
9	PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e. V.
10	Queeres Zentrum Mannheim e. V.
11	Queeres Zentrum Mannheim e. V.
12	RosaKehlfchen e. V.
13	Transtreff Mannheim
14	Völklinger Kreis e. V. – Regionalgruppe Rhein-Neckar
15	SPDqueer

Tagesordnung

- 1) Begrüßung
- 2) Protokoll der 21. Sitzung
- 3) Aufnahme neuer Mitglieder
- 4) Austausch zum Handlungsfeld „Sicherheit von Menschen der queeren Community in Mannheim“
- 5) Updates: Queere Vielfalt im Alter / Schutz queerer geflüchteter Menschen / BUGA 23 & Rainbow Hub
- 6) Bericht Mannheimer Bündnis
- 7) Aktualisierung der Liste „Offene Punkte“
- 8) Verschiedenes, inkl. Termine für 1. Halbjahr & Hinweise Trans*Aktionswochen 2023

1) Begrüßung

Sören Landmann begrüßt die Anwesenden zum 22. Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt Mannheim. Die vorab versandte Tagesordnung wird so angenommen.

2) Protokoll der 21. Sitzung

Das Protokoll wurde nach der Sitzung an die Teilnehmenden versandt. Es gab keine Rückmeldungen dazu. Das Protokoll ist damit angenommen.

3) Aufnahme neuer Mitglieder

Es liegt kein neuer Antrag zur Aufnahme vor.

4) Austausch zum Handlungsfeld „Sicherheit von Menschen der queeren Community in Mannheim“

Sören Landmann begrüßt zum Thema „Sicherheit von Menschen der queeren Community in Mannheim“ die Gäst*innen Christian Specht, Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim Siegfried Kollmar, Präsident des Polizeipräsidiums Mannheim, Claudia Strickler, Leiterin Prävention des Polizeipräsidiums Mannheim, Christine Stopp, Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim Polizeipräsidium Mannheim und Sophie Glaser, Koordinatorin Kommunale Kriminalprävention im Fachbereich Sicherheit und Ordnung der Stadt Mannheim sowie die Kolleg*innen der Koordinationsstelle LSBTIQ+ Heidelberg im Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg.

Sören Landmann gibt zunächst einen kurzen **Rückblick zum Thema mit bisherigen Erfahrungen und Maßnahmen**, siehe Stichpunkte in der Präsentation.

Christian Specht (Erster Bürgermeister) weist darauf hin, dass verschiedene Stellen der Stadt Mannheim zum Thema queere Sicherheit aktiv waren und sind. Er habe sich u. a. persönlich für die Erweiterung der Sicherheitsbefragung hinsichtlich unterschiedlicher geschlechtlicher und sexueller Identitäten eingesetzt und sehe darin eine Chance die Ergebnisse in das Sicherheitsbild der Stadt Mannheim zu integrieren. In der Stadt Mannheim habe das Thema Sicherheit große Bedeutung. Sophie Glaser (FB 31 – Koordinatorin Kommunale Kriminalprävention) und Claudia Strickler (Leiterin Prävention des Polizeipräsidiums Mannheim) sind Geschäftsführerinnen des Vereins SiMA (Sicherheit in Mannheim), er selbst sei Vorsitzender. Das Thema queere Sicherheit ist am Deutschen Präventionstag, der in diesem Jahr in Mannheim, am 12./13. Juni 2023 stattfindet bundesweit erstmals Thema. Alle Ergebnisse zum Thema queere Sicherheit werden hier eingebracht.

Christian Specht stellt die Frage an die Community, wo die Menschen sich subjektiv unwohl fühlen. Wichtig sei bei der Betrachtung von Vorfällen die Trennung in polizeilich-strafrechtliche Vorfälle, wo die Polizei zuständig ist, und in präventive Maßnahmen, die im Rahmen der Zielsetzung einer vielfältigen und offenen Stadt ins Aufgabenfeld der Kommune fallen. Als Stadt der Vielfalt müssten in Mannheim alle Aspekte berücksichtigt werden, dabei sei die Sicherheit der queeren Community ein zentraler Punkt.

Siegfried Kollmar (Präsident des Polizeipräsidiums Mannheim) bedankt sich für die Einladung. Er verweist auf den Eid der Polizei, gegenüber jedermann Recht und Gesetz durchzusetzen, dies gelte sowohl für die queere Community als auch für jedwede andere gesellschaftliche Gruppe. Wichtig sei unbedingt auf die Polizei zuzukommen, wenn man sich nicht rechtmäßig behandelt fühlt. Bemerkenswert sei der große Unterschied zwischen dem,

was von der Community zum Ausdruck gebracht wird, und dem, was die Statistiken der Polizei aussagen. Laut Statistik habe es in den letzten fünf Jahren lediglich fünf Anzeigen von queeren Menschen gegeben, im Vergleich zu 50.000 Straftaten pro Jahr, d. h. der Anteil ginge gegen Null. Als Maßnahmen der Sensibilisierung der Polizist*innen seien zu nennen das Einsetzen von Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei und die AG Werte. Zudem sei die Charta der Vielfalt unterzeichnet worden. Die Unterstützung der Community werde auch durch die heutige Anwesenheit von Stadt und Polizei beim Runden Tisch deutlich. Siegfried Kollmar bekräftigt noch einmal die Bedeutsamkeit, in die Polizei Vertrauen zu haben und Vorfälle anzuzeigen. Bei Ängsten und Bedenken vor Ort in die Polizeistelle zu gehen, gebe es auch die Möglichkeit Anzeigen im Internet aufzugeben.

PLUS Rhein-Neckar e. V. beginnt mit der Vorstellung der Forderungen, die das Offene Netzwerk LSBTTIQ Mannheim erarbeitet hat. Wichtig sei: Viele Vereine und Initiativen aus der Mannheimer Community haben dazu beigetragen. Aus den zusammengestellten Forderungen seien acht ausgewählt worden und würden im Folgenden heute vorgestellt:

- **Öffentliche Statements von Polizeipräsident Siegfried Kollmar und Erstem Bürgermeister Christian Specht gegenüber Queerfeindlichkeit**
Ein Bekenntnis zum Schutz von queeren Menschen und der klaren Einordnung von queerfeindlichem Verhalten als nicht duldbar, würde bei Gesellschaft, Verwaltung und Polizeibeamt*innen in Mannheim und der Region einen positiven Effekt haben und klar zeigen, dass queerfeindliche Vorfälle und Straftaten mit großer Ernsthaftigkeit untersucht und wenn möglich geahndet werden. Denkbar sei bspw. eine jährliche Plakatkampagne zum Pride-Monat Juni, an der sich die queere Community gerne inhaltlich beteiligen würde.
- **Offizielle Ansprechpersonen der Polizei für queere Menschen.**
Die Community sei Christine Stopp und Adrian Rehberger dankbar für ihre bisher geleistete Unterstützung bei Anfragen von Betroffenen bzw. Beratungsstellen. Eine offizielle Benennung als Ansprechpersonen nach außen hin, wie es bereits in etlichen Polizeipräsidien, auch in Baden-Württemberg, erfolgt ist, würde es Betroffenen jedoch erleichtern, von dieser Unterstützungsmöglichkeit zu erfahren und sie in Anspruch zu nehmen. Weiterhin sollte in jeder Wache mindestens eine Person dafür benannt und entsprechend geschult sein, um das Angebot mit dem Bedarf zusammenzubringen.
- **Finanzierung und Hilfe beim Aufbau von Unterstützungsangeboten für Betroffene.**
Von einer Straftat betroffene queere Menschen fühlten sich leider oft nicht sicher – auch nicht bei der Polizei. Gute Willensbekundungen und ein Vertrauensvorschuss von der Community reichten hier leider nicht aus. Es brauche eine unabhängige und professionelle Meldestelle, die ein kontinuierliches Monitoring und eine Unterstützungsstruktur für Betroffene, wie sie bspw. von PLUS Rhein-Neckar e. V. geleistet wird (Begleitung beim Gang zur Wache, Vorbereitung etc.), leisten kann, sowie deren verstetigte ausreichende finanzielle Förderung.
- **Briefing von Einsatzpolizei bei queeren Veranstaltungen im öffentlichen Raum.**
Bei Mahnwachen und Demonstrationen habe es in diesem Jahr in Mannheim verbale und physische Übergriffe von Passant*innen gegeben. Die Autor*innen forderten ein Briefing der Einsatzkräfte vor solchen Einsätzen, damit die Teilnehmenden adäquat geschützt werden können. Dazu zähle bspw. auch die Einordnung von queerfeindlichen Beleidigungen als solche.

Das Queere Zentrum Mannheim e. V. ergänzt, dass sich Teilnehmende im Jahr 2022 bei queeren Veranstaltungen im öffentlichen Raum nicht adäquat von der Polizei geschützt gefühlt haben.

Die nächsten vier Forderungs-Punkte zur queeren Sicherheit sind:

- **Ausschöpfung aller Möglichkeiten durch die Ermittlungsbehörden, um einen**

Ermittlungserfolg bei queerfeindlichen Übergriffen sicherzustellen.

Stichwort: Übergriff am Mannheimer Hauptbahnhof nach dem CSD Frankfurt. Dort sei im Sommer 2022 eine junge Frau, die eine Bi-Flagge trug, erst queerfeindlich beleidigt und im Anschluss auf einer Treppe in den Rücken getreten worden. Der Vorfall sei von den Videokameras klar aufgezeichnet worden. Eine Anzeige sei erstattet und der Fall letztendlich vom Staatsschutz übernommen worden. Herr Polizeipräsident Kollmar habe selbst auf Nachfrage im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung von dieser Straftat berichtet. Jedoch sei es im Verlauf der Ermittlungen zu einer Panne gekommen (offensichtlich durch die Bundespolizei) und das Beweisvideo sei gelöscht worden. Jetzt sei es an der Polizei Mannheim unter den erschwerten Rahmenbedingungen alles zu versuchen, um dennoch einen Ermittlungserfolg sicherzustellen. Eine ungeahndete queerfeindliche Tat bestärke die Täter letztendlich darin, dass sie für ihre Taten keine Konsequenzen fürchten müssen und mache sie somit für die Zukunft wahrscheinlicher.

- **Nutzung von Schulungsangeboten zur Sensibilisierung von Einsatzkräften gegenüber den Belangen von queeren Personen.**

Beamt*innen der Polizei und Mitarbeiter*innen von kommunalen Ortpolizeibehörden (in Mannheim Mitarbeitende des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung) könnten nicht alles wissen. Ein unsensibler Umgang mit queeren Menschen, auch wenn er ohne bösen Willen geschehe, könne aber einen lebenslangen Vertrauensverlust in die Polizei und weitere Sicherheitsbehörden bedeuten, mit vielfältigen Folgen. Daher sollten alle Polizeibeamt*innen und Mitarbeiter*innen der kommunalen Ortpolizeibehörde in Mannheim Schulungsangebote zu einem queersensiblen Umgang mit Menschen (u. a. wie spreche ich eine Person aus der queeren Community korrekt an) obligatorisch wahrnehmen.

- **Sichere Erreichbarkeit von Vielfaltsorten in Mannheim und Sicherheit im öffentlichen Raum.**

Die sichere Erreichbarkeit von Orten der queeren Kultur, Bildung und Zusammenkunft sowie des Empowerments müsse für alle – insbesondere auch vulnerable Menschen – ermöglicht werden. Nur so sei echte Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe möglich. Ein Modell ähnlich dem FrauenNachtTaxi sei hierbei für weitere vulnerable queere Zielgruppen zu öffnen, wie dies bspw. in Hannover bereits geschehen ist. Strukturelle Maßnahmen zur Sicherheit im öffentlichen Raum und ÖPNV, wie sie bspw. das Projekt „Silent Alarm“ aus Mannheim verfolgt, seien zu unterstützen. Zudem würden gemeinsame Bemühungen mit der Stadt Heidelberg, der Stadt Ludwigshafen und dem Rhein-Neckar-Kreis gefordert, damit queere Vernetzung nicht an den Ortsgrenzen aufhört.

- **Möglichkeiten zur sicheren Anzeige in Baden-Württemberg schaffen.**

Eine politische Initiative solle vergleichbar der Handhabung im Land Berlin dazu führen, dass in Zukunft bei Fällen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die personenbezogenen Daten der anzeigenden Person vor einer Weitergabe an die Gegenseite geschwärzt werden.

Ein Mitglied des Queeren Zentrums Mannheim fragt Siegfried Kollmar, wie die queerfeindlichen Straftaten der letzten Jahre als solche eingeordnet und dokumentiert wurden.

Siegfried Kollmar antwortet, dass dies durch die übliche Recherche erfolge; es werde ein internes Lagebild während der Erfassung erstellt. Aktuell sei die Polizei dabei andere Erfassungsschlüssel dahingehend zu erarbeiten.

Es folgt eine sehr lebhaft Diskussions. Im Folgenden werden die zentralen Punkte festgehalten.

Christian Specht nimmt Bezug auf das **Thema Schulungen**: In der Stadtverwaltung würden Schulungen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt angeboten. Sören Landmann bestätigt dies und sagt, dass das letzte Angebot aufgrund mangelnder Anmeldungen

abgesagt wurde. Christian Specht stellt die Frage in den Raum, was im Falle, dass es Angebote zur Sensibilisierung gibt, diese aber nicht oder nur ungenügend angenommen werden, von Seiten der Verwaltung getan werden könne. In der Ausländerbehörde beispielweise habe es Schulungen zur interkulturellen Kompetenz gegeben, die allerdings für alle Mitarbeitenden verpflichtend waren.

Christine Stopp, Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim Polizeipräsidium Mannheim äußert sich zum Thema Fortbildung: 2015 seien sie und ihr Kollege Adrian Rehberger als Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei intern eingesetzt worden. Der Verein VelsPol, Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter, treffe sich regelmäßig und sei jeweils mit einem Workshop zu Beginn der Ausbildung neuer Kolleg*innen, aber auch bei Schulungen für Führungskräfte vertreten. VelsPol biete u. a. eine Leihausstellung zum Thema historischer Verlauf der Spannungsverhältnisse mit schwulen und lesbischen Personen an; diese könne gerne nach Mannheim geholt werden.

Äußerungen zum **Thema Öffentlichkeitsarbeit** in der Diskussion:

Siegfried Kollmar führt aus, dass neben der Betrachtung von Straftaten Solidarität und Zivilcourage in der Gesellschaft wichtig seien. Nicht wegzuschauen, wenn anderen etwas zustößt. Grundsätzlich werde jede Form von Gewalt verurteilt. Dies brauche nicht extra hervorgehoben werden. Eine anlassunabhängige Kampagne hält er nicht für zielführend.

Christian Specht gibt bezüglich öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen den Hinweis auf den Preis, der für Zivilcourage und Bürgerschaftliches Engagement von SiMA (Förderverein Sicherheit in Mannheim) vergeben wird. Bisher sei aus der queeren Community kein Ehrungsvorschlag gekommen. Er spricht die Einladung an die Community aus, dies zu nutzen, um Menschen (nicht unbedingt zur Community gehörend) vorzuschlagen, die sich für Betroffene aus der Community einsetzen. Die Vergabe des Preises habe einen hohen öffentlichkeitswirksamen Wert. Aus seiner Erfahrung heraus hätten Appelle des Bürgermeisters keinen großen Erfolg. Vorstellbar sei eine Botschaft im Umfeld des CSD. Dabei sollten auch die Menschen, die nicht Teil der Community sind, angesprochen werden. Denkbar sei zudem eine Pressemitteilung als Nachbearbeitung des heutigen Abends.

Sören Landmann erklärt, dass eine Öffentlichkeitskampagne im Umfeld des CSD denkbar sei. Eventuell könnten auf Anfrage beim Stadtmarketing dafür finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Er sehe in öffentlichkeitswirksamen Statements eine sehr große Bedeutung für die Betroffenen. Dies könne auch ein Banner am Rathaus sein. Dies signalisiere den einzelnen Mitgliedern der queeren Community: „Ich werde gesehen und respektiert“. Ein öffentlich wirksames Statement des Polizeipräsidenten habe sicher auch eine positive Wirkung auf das Anzeigeverhalten von Betroffenen.

Von Seiten der Community wird noch einmal die Haltung betont: Solidaritätsbekundungen von Seiten der Stadtverwaltung in öffentlichkeitswirksamer Weise hätten eine sehr große Wirkung. Anlassbezogene Statements seien dabei wirksamer, angedacht sei bspw. beim CSD die Botschaft zu senden: „Wir schützen diesen CSD wie andere Veranstaltungen auch“ – Es ginge um die Botschaft.

Zum **Thema Offizielle Ansprechperson für queere Menschen bei der Polizei:**

Siegfried Kollmar: Ansprechpersonen seien ursprünglich nur intern gedacht gewesen, u. a. zur Unterstützung bei Outings von Kolleg*innen. Inzwischen arbeiteten sie auch mehr und mehr nach außen. Feste Ansprechpersonen für „außen“ seien aufgrund der Personalsituation aktuell nicht möglich. Der Wunsch sei, dass alle Kolleg*innen Ansprechpersonen sind. Grundsätzlich könnten die offiziellen Ansprechpersonen bei Problemfällen angesprochen werden. Eine grundsätzliche Begleitung zur Anzeigenstellung könne durch die Ansprechpersonen jedoch nicht geleistet werden. Wenn sich das

Anzeigenverhalten erhöhe, könnte eine Teilfreistellung der Ansprechpersonen möglich werden.

Christine Stopp: Hinsichtlich der Vorbereitungen zu den CSDs seien die Ansprechpersonen in ganz Baden-Württemberg bereit zu unterstützen. Sie würden sich dazu auch selbst austauschen. Es sei auch möglich bei sensiblen Straftaten zu unterstützen. Es sei auch denkbar, dass sie Kolleg*innen für Straftataufnahmen vorbereiteten. Beispielsweise stehe Frau Paul, Polizeidienststelle Innenstadt, in diesem Sinne mit dem QZM in Verbindung.

Zum Thema **Möglichkeiten zur sicheren Anzeige in Baden-Württemberg**

Siegfried Kollmar erklärt, eine Anonymisierung sei rechtlich nicht möglich, dies gehe nur durch hinzuziehen der Staatsanwaltschaft.

Sören Landmann berichtet davon, dass dies seines Wissens in Berlin im Rahmen des Aktionsplans Vielfalt umgesetzt würde.

Siegfried Kollmar bestätigt: In jedem Fall solle die betroffene Person bei Vorfällen

1. zum Polizeirevier gehen,
2. wenn schlechte Erfahrungen mit der Polizei vor Ort gemacht würden, diese unbedingt melden; das sei der Moment in dem Frau Stopp oder Herr Rehberger angesprochen werden könnten.

Oder die Anzeige solle über das Internet aufgeben werden.

Sören Landmann macht aufgrund der fortgeschrittenen Zeit den Vorschlag, dass die AG Sicherheit an den Themen weiterarbeite.

Dennis Ulas (LI.PAR.Tie) schlägt vor, vor dem Hintergrund der regen Diskussion und der sich zeigenden Notwendigkeit des Austauschs, sich einmal pro Jahr zum Thema queerer Sicherheit mit Stadtverwaltung, Polizei und Community zu treffen.

Siegfried Kollmar und Christian Specht signalisieren beide ihre Bereitschaft zu einem jährlichen Treffen.

Christian Specht unterstreicht noch einmal, wie wichtig das Thema „Sicherheit für alle“ in Mannheim ist. Wenn diese von den Bürger*innen nicht so wahrgenommen würde, müsse geschaut werden, wie sich das ändern lasse. Es gelte auch zu prüfen, welche Gründe es für nicht respektvolles Verhalten gegenüber Menschen aus der queeren Community gibt. Es sei sehr gut, dass es die Ansprechpersonen bei der Polizei gibt. Bei der Stadtverwaltung gelte dies entsprechend: Wenn sich jemand von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung nicht respektvoll behandelt fühle, mögen sich diese Personen unbedingt an Frau Glaser wenden.

Die weiteren Tagesordnungspunkte werden auf die nächste Sitzung des Runden Tisches vertagt. Die Jahresplanung mit den verschiedenen Themen wird mit dem Protokoll verschickt.

5) **Verschiedenes und Termine**

Die Infos zu den Trans*Aktionswochen Rhein-Neckar werden mit dem Protokoll verschickt.

- **Sitzungstermine Runder Tisch:**

29.06.2023 Themen: Aktueller Stand zur BUGA und weitere aktuelle Updates

11.10.2023 Öffentliche Sitzung: Vorstellung der Arbeit des Runden Tisches und öffentliche Themensammlung

Die Sitzung des 4. Quartal-Termins wird noch offengehalten, um das neugewählte Stadtoberhaupt einzuladen.

- **Antrag des Offenen Netzwerks LSBTTIQ zum Thema BUGA**

Das Offene Netzwerk stellt und liest den Antrag vor.

Es gibt keine Rückfragen. Die Anwesenden stimmen mit einer Enthaltung zu. Der Antrag wird von der LSBTI-Beauftragung an die Fraktionsgeschäftsstellen weitergeleitet.